

Wohin nach dem Abschluss? Und wohin nicht?

Studentische Einschätzungen zur Attraktivität
deutscher Wirtschaftsregionen

Autoren:

Dr. Philipp Karl Seegers
Till Moritz Vater
Stephan Hartmann

Köln/Maastricht
Juli 2024



Inhaltsverzeichnis



1. Einleitung



2. Attraktivität Deutschlands als Arbeits- und Lebensmittelpunkt

- 2.1. Studierende mit Migrationshintergrund
- 2.2. Studierende kurz vor Hochschulabschluss
- 2.3. Studierende aus dem Ausland



3. Wirtschaftsregionen in Deutschland im Fokus



4. Studentische Aussagen zur Nicht-Attraktivität einzelner Bundesländer

- 4.1. „Ich empfinde „Bundesland XY“ generell als unattraktiven Standort.“
- 4.2. „Ich befürchte dort Diskriminierung am Arbeitsplatz.“
- 4.3. „Ich glaube, andere Bundesländer bieten bessere Jobangebote/ besseres Gehalt.“
- 4.4. „Ich empfinde die politische Stimmung dort als abschreckend.“
- 4.5. „Ich befürchte dort öffentliche Anfeindungen.“

Einleitung

Wie attraktiv ist Deutschland als Arbeits- und Lebensmittelpunkt für Studierende nach dem Hochschulabschluss? Dieser Ausgangsfrage folgend, wurden im Rahmen der 24. bundesweiten Erhebung zur Studienreihe „Fachkraft 2030“ zahlreiche Blickwinkel beleuchtet – darunter wirtschaftliche, politische und auch das individuelle Sicherheitsgefühl betreffende. Neben bundesweiten Tendenzen standen dabei insbesondere die Regionen bzw. Bundesländer Deutschlands im Fokus.

Die Ergebnisse dieser Publikation basieren auf den Angaben von über 10.000 Studierenden in Deutschland, die im Zeitraum April/Mai 2024¹ an der Befragung teilgenommen haben. Wie immer seit Start der Erhebungen 2012 wurden die Befragungsdaten mit Unterstützung des Departments of Labour Economics der Maastricht University analysiert und auf Korrektheit sowie Plausibilität geprüft. Ausführliche Hinweise zur Methodik können den Jahrespublikationen zur Studienreihe² entnommen werden.

¹ Exakter Zeitraum der Befragung: 9. April bis 27. Mai 2024

² Veröffentlicht unter: <https://jobvalley.com/de-de/fachkraft-2030/> (aufgerufen am 23. Juli 2024)

Attraktivität Deutschlands als Arbeits- und Lebensmittelpunkt

Ein Schwerpunkt der Befragung lag auf der postgraduellen Attraktivität Deutschlands als Arbeits- und Lebensmittelpunkt. Dabei kam zum Vorschein, dass die große Mehrheit der Studierenden plant, Deutschland auch über den Abschluss hinaus treu zu bleiben. Genau gesagt gaben 88,5 Prozent aller Befragten an, nach der Hochschule in der Bundesrepublik arbeiten bzw. bleiben zu wollen.

Differenzierter und in Teilen problematisch wird das Bild hingegen, sobald bei der Frage nach Verbleib / Abwanderung weitere Merkmalsebenen berücksichtigt werden. Denn: Wie sehr Deutschland aktuell und perspektivisch auf einen nahezu optimalen Bindungsgrad von Hochschulabsolventinnen und -absolventen an den hiesigen Arbeitsmarkt angewiesen ist,

zeigen unter anderem aktuelle Forschungsergebnisse des ifo Instituts zum Thema Fachkräftemangel.

Demnach hat bundesweit mehr als jedes zweite Unternehmen (54 %) eindeutig mit Bewerbermangel auf offene Stellen zu kämpfen, weitere 34 Prozent der befragten Personalleiterinnen und -leiter berichten über einen teilweisen Mangel. Demgegenüber sagten lediglich 12 Prozent, bei der Personalsuche keine Probleme zu haben. Zugleich wurde bei der Befragung der Mangel an Fachkräften als gegenwärtig größte Herausforderung für Unternehmen in Deutschland identifiziert – deutlich vor beispielsweise den gestiegenen Energiekosten oder bürokratischen Hürden³.

2.1. Studierende mit Migrationshintergrund

Beispielsweise fällt das Bekenntnis zur Bundesrepublik unter Studierenden mit Migrationshintergrund (und in Deutschland erworbener Hochschulzugangsberechtigung) deutlich geringer aus als im Durchschnitt. So gaben aus dieser Gruppe „lediglich“ 80,9 Prozent an, ihren Arbeits- und Lebensmittelpunkt auch nach dem Hochschulabschluss in Deutschland zu sehen. Eine Abweichung, die in mehrerlei Hinsicht Fragen aufwirft.

Mögliche Antworten liefert die Gruppe der explizit Abwanderungswilligen, die im Rahmen der Erhebung nach Gründen für das Votum gegen Deutschland gefragt wurde. Vergleicht man hier Studierende mit und ohne Migrationshintergrund (jeweils Hochschulzulassung in Deutschland erworben), treten insbesondere in der Wahrnehmung gesellschaftlich-atmosphärischer Gesichtspunkte erhebliche Unterschiede zu Tage. Die folgende Darstellung verdeutlicht dies mit Blick auf die Fragestellung „Warum

wollen Sie nach dem Hochschulabschluss nicht in Deutschland arbeiten?“. Dabei waren Mehrfachnennungen möglich.

Apropos Ausschöpfung: Auch hinsichtlich des wöchentlichen Job-Zeitbudgets der Studierenden scheinen zwischen Wunsch und Wirklichkeit noch deutliche Unterschiede zu bestehen. Konkret: Bezogen auf die Vorlesungszeit des Sommersemesters 2023 gaben Studierende (mit Tätigkeit) an, im Wochendurchschnitt 12,1 Stunden gejobbt zu haben. Nach Wunsch wären in diesem Zeitraum über drei Stunden mehr gewesen. Noch deutlich größer fällt die Diskrepanz beim Blick auf die vorlesungsfreie Zeit aus, wo der Realwert von 15,1 Stunden fast nur der Hälfte (!) des Wunschwertes entspricht (vgl. Tabelle unten). Ein weiteres Potenzial also, diesmal rein zeitlicher Natur, mit dem der studentische Jobmarkt bei entsprechender Steuerung zumindest Teile des ökonomischen Bedarfs an Personal und Tatkraft abfedern könnte.

„Warum wollen Sie nach dem Hochschulabschluss nicht in Deutschland arbeiten?“ (Befragte mit vs. ohne Migrationshintergrund, die angegeben haben Deutschland nach dem Studium verlassen zu wollen)		
Aussage	Mit Migrationshintergrund	Ohne Migrationshintergrund
„Ich empfinde Deutschland generell als unattraktiven Standort.“	58,3 %	53,1%
„Ich halte die Bürokratie in Deutschland für zu kompliziert und belastend.“	54,8 %	49,7%
„Ich finde es schwierig, in Deutschland (sozialen) Anschluss zu finden.“	23,5 %	10,2%
„Ich befürchte Diskriminierung am Arbeitsplatz.“	26,1%	6,2 %
„Ich glaube, andere Länder bieten bessere Jobangebote/besseres Gehalt.“	54,8 %	53,1%
„Ich empfinde die politische Stimmung als abschreckend.“	53,9 %	36,2%
„Ich befürchte öffentliche Anfeindungen.“	14,8 %	3,9 %
„Anderer Grund.“	34,8 %	37,3%

© jobvalley/Maastricht University

2.2. Studierende kurz vor Hochschulabschluss

Darüber hinaus fällt auf, dass der Wille zur beruflichen Abwanderung aus Deutschland deutlich zunimmt, wenn Studierende recht kurz vor dem Hochschulabschluss stehen. Zum Vergleich: Aufseiten der Gesamtheit aller Befragten gaben lediglich 11,5 Prozent an, beruflich nicht in Deutschland bleiben zu wollen. Demgegenüber steht ein Wert von 20 Prozent, wenn Studierende ihren höchsten angestrebten Hochschulabschluss innerhalb der nächsten 12 Monate anvisieren.

Problematisch erscheint die im Zeitverlauf des Studiums offensichtlich anwachsende Abkehr

von Deutschland deshalb, weil diese Gruppe in ihrer Perspektivplanung einen guten Schritt weiter bzw. konkreter sein dürfte als zu Beginn des Studiums. Bezogen auf die vorliegenden Ergebnisse droht damit ein empfindlicher Verlust von Fachkräftepotenzial, das in Deutschland akademisch ausgebildet wurde. Transfer zur amtlichen Statistik: Angesichts von aktuell rund 2,9 Millionen Studierenden⁴ in Deutschland würde der Verlust jedes oder jeder Fünften auf eine Abwanderung von fast 600.000 Akademikerinnen und Akademikern hinauslaufen.

2.3. Studierende aus dem Ausland

Anders als in den beiden vorangegangenen Fällen zeichnet sich unter ausländischen Studierenden (Hochschulzugangsberechtigung nicht in Deutschland erworben) ein überdurchschnittlich hohes perspektivisches Bekenntnis zu Deutschland ab. Konkret gaben aus dieser Gruppe 92 Prozent an, über den Hochschulabschluss hinaus in der Bundesrepublik arbeiten bzw. leben zu wollen. Verglichen mit der Gesamtstichprobe ist dies eine Steigerung um rund 3,5 Prozentpunkte.

Ökonomisch relevant ist das auch deshalb, weil in dieser Gruppe der Anteil von MINT-Studierenden bei annähernd 80 Prozent liegt. Davon entfallen rund 42,3 Prozent auf den Bereich Ingenieurwissenschaften und 22,2 Prozent auf den Bereich Informatik. Es folgen die Naturwissenschaften und der Fachbereich Mathematik mit 12,1 Prozent und 2,6 Prozent. Spannend ist diese Gruppe auch deshalb, weil es sich um zugezogene Studierende handelt, die vor der Einschreibung mehrheitlich keine tiefergehende Sozialisation in Deutschland erlebt haben dürften. Ob dies im Vergleich zur Gruppe der deutschen Studierenden mit Migrationshintergrund beispielsweise die Sorge vor Diskriminierung am Arbeitsplatz oder auch andere Push-Faktoren mindert bzw. positiv beeinflusst, wäre in weiteren Befragungen zu überprüfen. allerdings merklich zu erholen,

wenngleich sie noch deutlich unter den Ausgangswerten des Sommersemesters 2018 verbleibt (s. Diagramm unten).

Anders ist es hingegen im Fall des Einzelhandels, der im Oktober 2023 mit anteilig 12,9 Prozent fast exakt auf Corona-Niveau geblieben ist – und somit gegenüber der Vor-Pandemie-Zeit 2018 (16,3 Prozent) nicht nur temporär, sondern per se an Zugkraft eingebüßt zu haben scheint. Des Weiteren fällt auf, dass Jobs in IT/Software seit 2018 sukzessive an Zugkraft gewinnen, von anfänglich 6,5 Prozent auf eine studentische Tätigkeitsquote von zuletzt 10,7 Prozent.

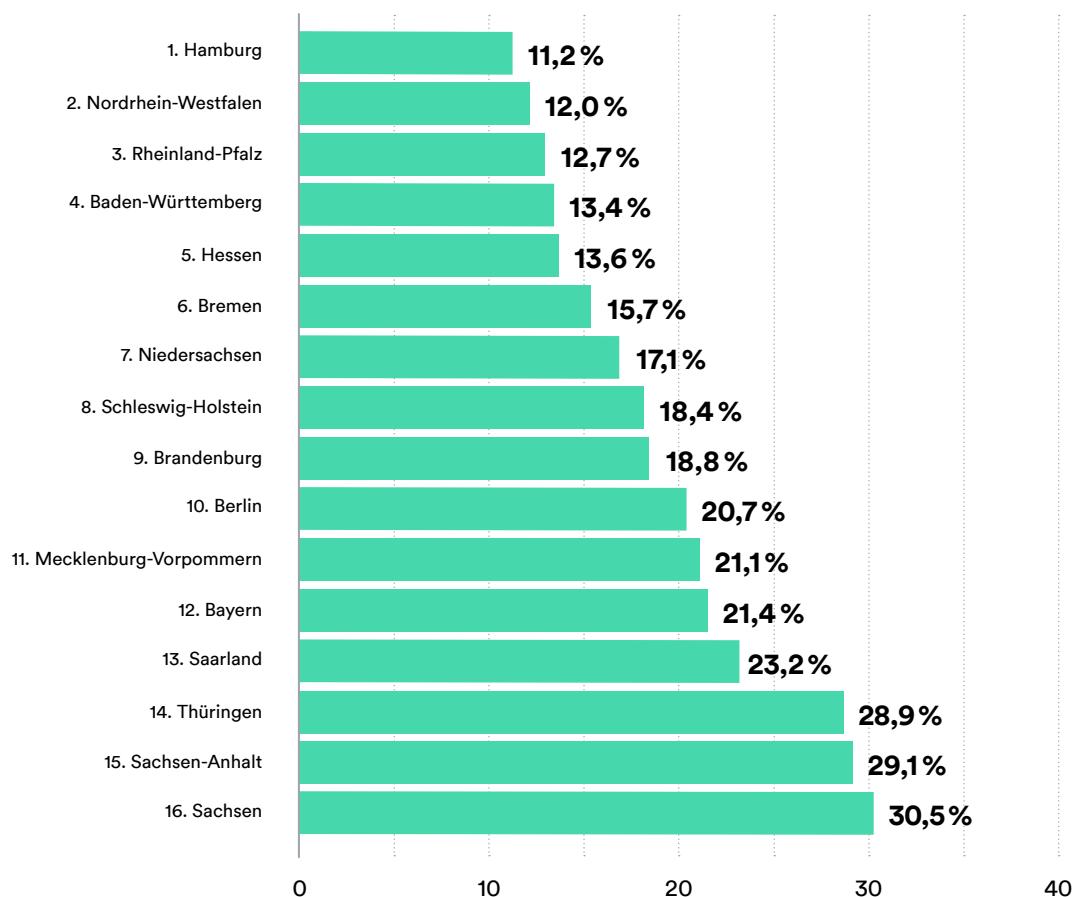
Rund 88,5 % aller Studierenden wollen nach dem Abschluss in Deutschland arbeiten. Dieser Wert sinkt auf jeweils rund 80 %, wenn es sich um (1) Studierende mit Migrationshintergrund oder (2) Studierende kurz vor ihrem Hochschulabschluss handelt. (3) Ausländische Studierende mit hohem MINT-Anteil wollen hingegen in rund 92 % der Fälle in Deutschland bleiben.

Wirtschaftsregionen in Deutschland im Fokus

In Zeiten offenkundiger, sich demografisch zuspitzender Fachkräftengpässe kann es weniger denn je im Interesse der Wirtschaftsregionen Deutschlands sein, bei jungen Menschen an Attraktivität einzubüßen oder gar den Anschluss zu verlieren. Vor diesem Hintergrund wurde im Rahmen der 24. Erhebung zur Studienreihe „Fachkraft 2030“ die Frage gestellt, wie es aus Sicht der Hochschülerinnen und Hochschüler

um die explizite Nicht-Beliebtheit einzelner Zielregionen bestellt ist. Konkret wurde gefragt: „Gibt es deutsche Bundesländer, in denen Sie nach Ihrem angestrebten Hochschulabschluss auf keinen Fall arbeiten möchten?“ Die hierzu vorliegenden Ergebnisse offenbaren ein beträchtliches Gefälle, das in der folgenden Abbildung 1 in Form eines Rankings dargestellt wird.

Auswertung zur Fragestellung: „Gibt es deutsche Bundesländer, in denen Sie nach Ihrem angestrebten Hochschulabschluss auf keinen Fall arbeiten möchten?“ (gesamt)



Dazu fällt auf: Ähnlich wie schon bei vorangegangenen Untersuchungen zum Aspekt der postgraduellen Binnenmigration⁵ zeigt sich auch hier, dass der Stadtstaat Hamburg auf Studierende den bundesweit höchsten Pull-Effekt bzw. geringsten Abwehrgrad ausübt. In

der Folge können sich lediglich 11 Prozent der Stichprobe „auf keinen Fall“ vorstellen, nach dem Studium in der Hansestadt zu arbeiten. Die Flächenländer Nordrhein-Westfalen (12,0 %) und Rheinland-Pfalz (12,7 %) landen diesbezüglich auf den Plätzen 2 und 3.

Auswertung zur Fragestellung: „Gibt es deutsche Bundesländer, in denen Sie nach Ihrem angestrebten Hochschulabschluss auf keinen Fall arbeiten möchten?“

(gesamt vs. 1 Jahr vor höchstem Hochschulabschluss)

Bundesland	Gesamt	1 Jahr vor HS-Abschluss	Differenz
1. Hamburg	11,2 %	12,6 %	1,4 % +
2. Nordrhein-Westfalen	12,0 %	12,9 %	0,9 % +
3. Rheinland-Pfalz	12,7 %	13,9 %	1,2 % +
4. Baden-Württemberg	13,4 %	14,5 %	1,1 % +
5. Hessen	13,6 %	15,4 %	1,8 % +
6. Bremen	15,7 %	18,4 %	2,7 % +
7. Niedersachsen	17,1 %	18,6 %	1,5 % +
8. Schleswig-Holstein	18,4 %	20,6 %	2,2 % +
9. Brandenburg	18,8 %	24,0 %	5,2 % +
10. Berlin	20,7 %	24,3 %	3,6 % +
11. Mecklenburg-Vorpommern	21,1 %	25,2 %	4,1 % +
12. Bayern	21,4 %	23,3 %	1,9 % +
13. Saarland	23,2 %	26,9 %	3,7 % +
14. Thüringen	28,9 %	34,4 %	5,5 % +
15. Sachsen-Anhalt	29,1 %	33,7 %	4,6 % +
16. Sachsen	30,5 %	35,9 %	5,4 % +

Zum Vergleich: Die drei letzten Plätze des Rankings gehen an Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen, wo annäherungsweise je 30 Prozent aller bundesweit Befragten nach dem Studium „auf keinen Fall“ arbeiten möchten. Interessanterweise steigt die Abneigung in allen drei Fällen nochmals deutlich, wenn sich die

Studierenden ihrem höchsten angestrebten Abschluss nähern und – so die Annahme – bereits konkreter auf Perspektivfragen blicken als noch zu Beginn des Studiums. Auch für Brandenburg steigt der Grad an Ablehnung zum Ende des Studiums um über 5 Prozentpunkte, wie die nachfolgende Darstellung zeigt.

4

Studentische Aussagen zur Nicht-Attraktivität einzelner Bundesländer

In diesem Kapitel geht es darum zu erörtern, woraus bei Studierenden die erheblichen Unterschiede in der Attraktivitäts-Wahrnehmung einzelner Bundesländer resultieren. Um detaillierte Aussagen zu erhalten, wurden die

Befragten gebeten, ihr persönliches Votum gegen das jeweilige Bundesland durch die folgenden Zusatzangaben zu schärfen. Auch hier waren Mehrfachnennungen möglich.

Ich empfinde „Bundesland XY“ generell als unattraktiven Standort.

Ich befürchte dort Diskriminierung am Arbeitsplatz.

Ich glaube, andere Bundesländer bieten bessere Jobangebote / besseres Gehalt.

Ich empfinde die politische Stimmung dort als abschreckend.

Ich befürchte dort öffentliche Anfeindungen.

Anderer Grund.

Nachfolgend wird auf die jeweils besten und schlechtesten Länderergebnisse zu den Aussagen kurz eingegangen (ausgenommen das

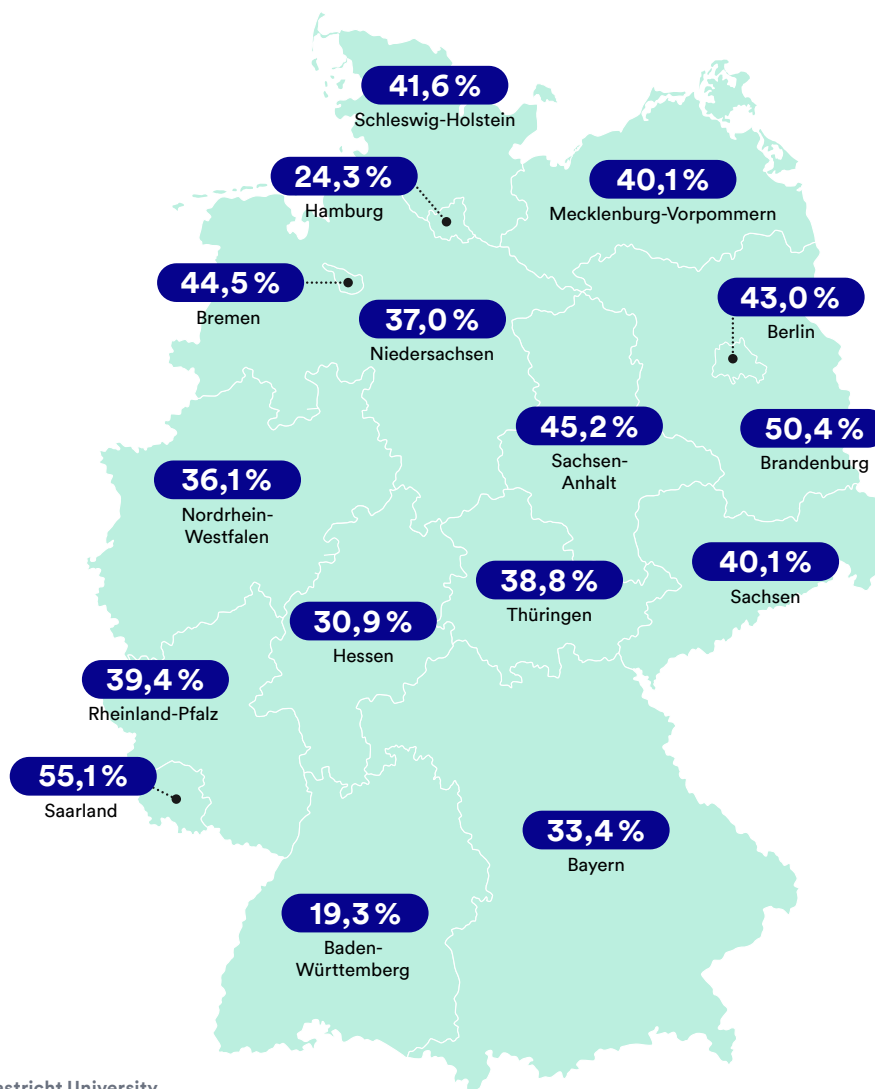
unspezifische „Anderer Grund“). Zusätzlich wird anhand von Deutschlandkarten das jeweilige Gesamtbild dargestellt.

3.1. „Ich empfinde „Bundesland XY“ generell als unattraktiven Standort.“

Bezogen auf die Gesamtheit aller Befragten schnitt Baden-Württemberg bei dieser Aussage am besten ab. Lediglich 19,3 Prozent der Studierenden in Deutschland sehen in dem südlichen Flächenland einen „generell unattraktiven“ Standort. Mit etwas Abstand folgen auf den Plätzen 2 und 3 die Länder Hamburg (24,3 %) und Hessen (30,9%). Dagegen gehen die letzten drei Plätze des Rankings an Sach-

sen-Anhalt, Brandenburg und das Saarland, das rund 55 Prozent der Stichprobe als „unattraktiven Standort“ ansehen. Im Vergleich zu dieser generalisierenden Einschätzung ging es bei allen anderen Aussagen um konkret situative Einschätzungen, die neben wirtschaftlichen Erwartungen auf politische Wahrnehmungen sowie das persönliche Sicherheits- und Wohlfühl abzielen.

Aussage „Ich empfinde „Bundesland XY“ generell als unattraktiven Standort.“ (gesamt)

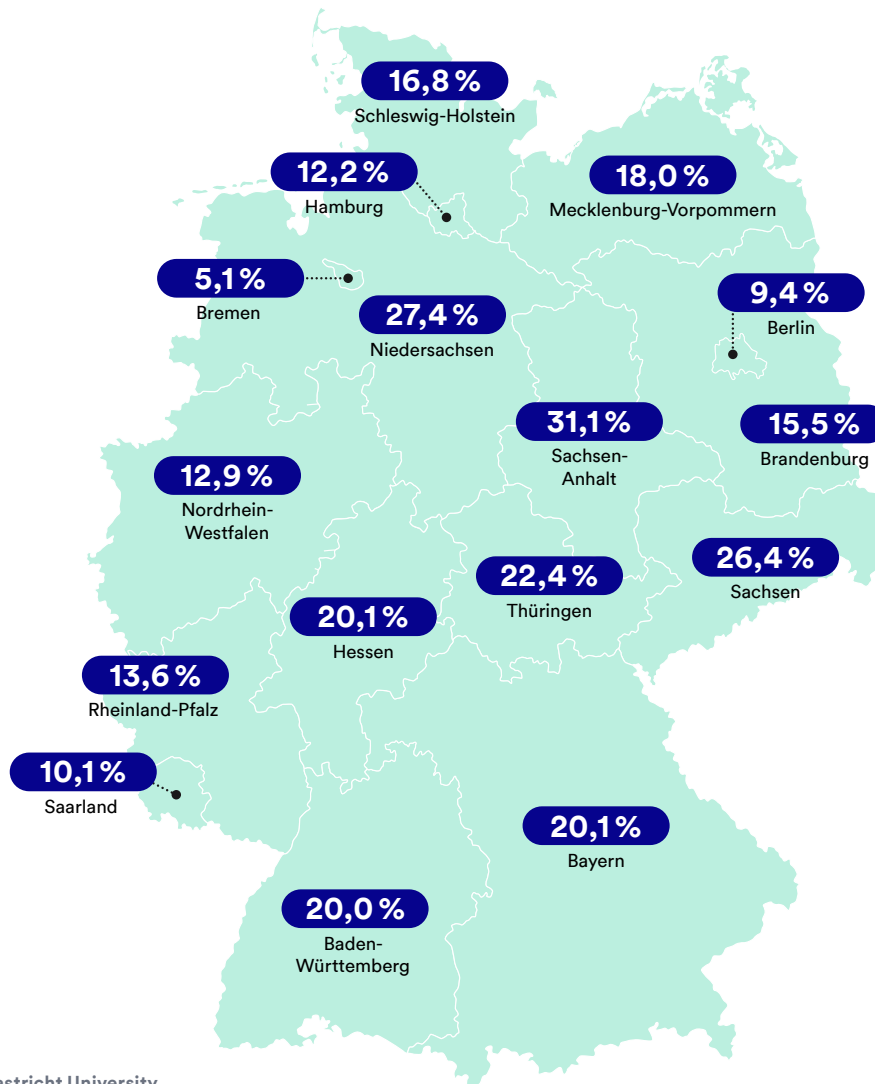


3.2. „Ich befürchte dort Diskriminierung am Arbeitsplatz.“

Was das Thema Sorge vor Diskriminierung betrifft, bleiben die Bewertungsausschläge der Stichprobe in einem etwas niedrigeren Bereich. So landet in dieser Kategorie das Bundesland Sachsen-Anhalt mit 31,1 Prozent auf dem 16. und letzten Platz des Rankings. Davor rangieren Niedersachsen (27,4 %) und Sachsen, wo 26,4 Prozent aller Befragten Sorge vor Diskriminierung

hätten. Dennoch fällt auf, dass auch hier der Abstand zur Spitze des Rankings beträchtlich ist, da das erstplatzierte Bremen mit Blick auf mögliche Diskriminierung bei lediglich 5 Prozent aller Befragten als verdächtig gilt. Auch Berlin bleibt – wenn auch knapp – unter der Marke von 10 Prozent.

Aussage „Ich befürchte dort Diskriminierung am Arbeitsplatz.“ (gesamt)



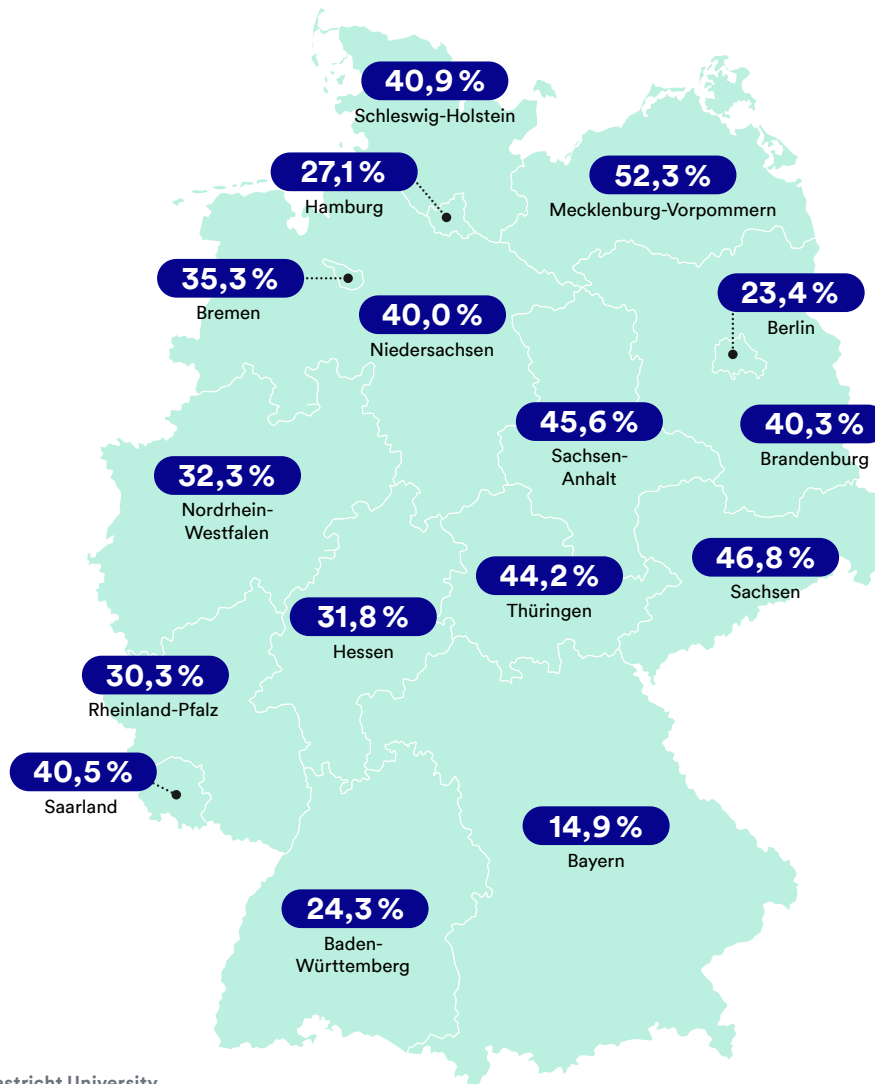
3.3. „Ich glaube, andere Bundesländer bieten bessere Jobangebote/besseres Gehalt.“

Bei dieser primär wirtschaftlich-beruflich motivierten Aussage sähen die Befragten im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern für sich das geringste Zukunftspotenzial. Zugleich ist es das einzige Bundesland, das bei dieser Aussage mit einem Wert von über 50 Prozent abschneidet. Aber auch Sachsen (Platz 15),

Sachsen-Anhalt (Platz 14) und Thüringen (Platz 13) erhielten jeweils ein Votum, das deutlich über der Marke von 40 Prozent liegt. Bayern hingegen belegt mit deutlichem Abstand Platz 1. Lediglich 14,9 Prozent der Stichprobe denken, dass es andernorts bessere Jobangebote und Gehaltsaussichten gäbe.

Aussage „Ich glaube, andere Bundesländer bieten bessere Jobangebote/besseres Gehalt.“

(gesamt)



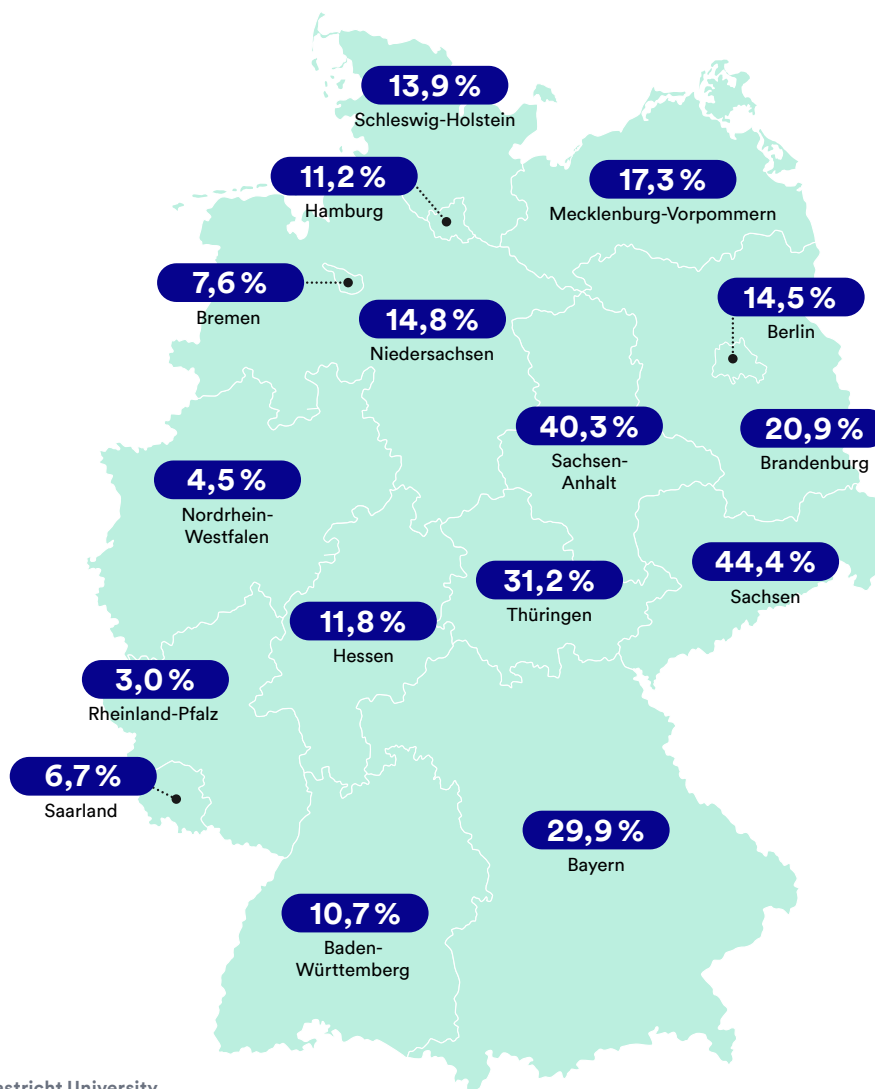
3.4. „Ich empfinde die politische Stimmung dort als abschreckend.“

Bei keiner anderen Aussage waren mit Blick auf die studentische Beurteilung die Ausschläge zwischen Minimal- und Maximalwerten größer. Dies legt nahe, dass auf Seite der Befragten politische Themen, vor allem aber politische Großwetterlagen einen erheblichen regionalen Zuschnitt haben. Als explizit „abschreckend“ wird die politische Situation vor allem in Sachsen (44,4 %), Sachsen-Anhalt (40,3 %)

und in Thüringen (31,2 %) eingestuft. Zum Vergleich: Selbiges gilt für Rheinland-Pfalz (Platz 1) in lediglich rund 3 Prozent der Fälle. Auch das bevölkerungsreiche NRW schneidet sehr gut ab. Bezogen auf Schlusslicht Sachsen fällt auf, dass Studierende mit Migrationshintergrund die politische Stimmung im Land mit anteilig 54 Prozent deutlich über dem Durchschnitt als „abschreckend“ empfinden.

Aussage „Ich empfinde die politische Stimmung dort als abschreckend.“

(gesamt)

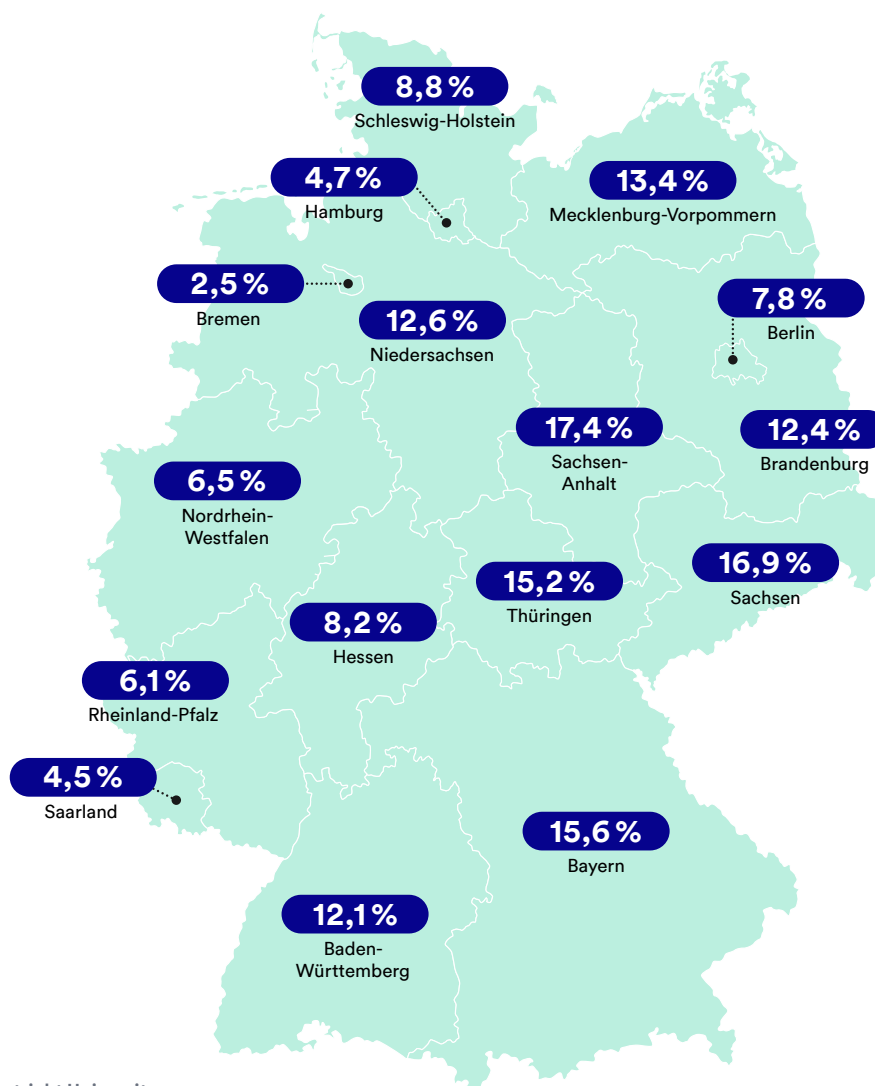


3.5. „Ich befürchte dort öffentliche Anfeindungen.“

Interessant ist hier vor allem die Rolle Bayerns. Denn es ist das einzige Bundesland, das laut den vorliegenden Ergebnissen Bestwerte mit Blick auf Jobangebot und Gehalt (s. oben) eine erhöhte Sorge vor „öffentlichen Anfeindungen“ auf sich vereint – hier landet Bayern nämlich auf Platz 14 im bundesweiten Ranking. Allerdings ist es auch die Aussage, bei der das Ausmaß an studentischer Negativbeurteilung im Vergleich zu allen anderen Aussagen am geringsten ausfällt. So landet Sachsen-Anhalt mit einem

Wert von „lediglich“ 17,4 Prozent auf dem 16. und letzten Platz. Mit Blick auf Bremen (Platz 1) hätten dagegen 2,5 Prozent der Befragten erhöhte Sorge vor Anfeindungen. Auch hier abschließend eine Zahl, die auffällt: Bezogen auf Thüringen liegt der Anteil der Studierenden mit Migrationshintergrund bei 30 Prozent – und damit ziemlich genau um Faktor 2 über dem landesweiten Durchschnitt aller Befragten.

Aussage „Ich befürchte dort öffentliche Anfeindungen.“ (gesamt)



Herausgegeben von:

jobvalley (Studitemps GmbH)
Im Mediapark 4a
50670 Köln

www.jobvalley.com

und

Maastricht University
Tongersestraat 53
6211 LM Maastricht

www.maastrichtuniversity.nl

Planung, Erhebung und redaktionelle Umsetzung:

Constata UG
Konrad-Adenauer-Platz 3
53225 Bonn

www.constata.de

Redaktion:
Stephan Hartmann
Maximilian Marx

Datenerhebung und -auswertung:
Dr. Philipp Karl Seegers
Till Moritz Vater

Kontakt:
s.hartmann@constata.de